

# Berlin Brief

von Josip Juratovic, Mitglied des Deutschen Bundestages

**Liebe Genossinnen, liebe Genossen,  
sehr geehrte Damen und Herren,**

In dieser Woche hat ein europapolitisches Thema für viel Aufmerksamkeit gesorgt und seinen Abschluss gefunden: Am Donnerstag haben wir im Bundestag in namentlicher Abstimmung die **Ratifizierung des EU-Vertrags von Lissabon** beschlossen. Ich habe für diesen Vertrag gestimmt. Auch wenn das Vertragswerk nicht alle meine Wünsche an die Europäische Union erfüllt, stellt es in vielerlei Hinsicht eine deutliche Verbesserung des Status Quo dar. Deshalb freue ich mich auch, dass der Deutsche Bundestag mit überwältigender Mehrheit für das Vertragswerk votiert hat.

In der Debatte wurde auch sehr passend aus der hervorragenden Rede Hans-Jochen Vogels zur Gedenkstunde anlässlich des vor 75 Jahren erlassenen Ermächtigungsgesetzes zitiert: *„Für meine Generation war Krieg die Normalität. Für euch ist Frieden die Normalität. - Wir, die wir im Frieden leben, sollten nicht vergessen, dass das das größte Geschenk der europäischen Geschichte ist. Hätte Europa nicht mehr gebracht als Frieden, es hätte sich schon gelohnt.“* Ich möchte dazu noch anfügen: Ohne die Europäische Union hätten wir längst wieder Zustände wie sie heute auf dem Westbalkan herrschen! Unser Parteivorsitzender Kurt Beck erinnerte in der Debatte daran, dass die SPD schon 1925 in ihrem Heidelberger Programm die Vereinigten Staaten Europas gefordert habe und fügte hinzu: *“Hätten wir das damals mehr verinnerlicht, wäre uns manches erspart geblieben.“*



**Berlin-Brief, Ausgabe 36  
25. April 2008**

*Berliner Sitzungswoche*

**Was geschah sonst noch im Plenum?**

Infos im Newsletter der SPD-Fraktion:  
<http://juratovic.de/static/spdfrak/08KW17.pdf>

*Aktuelle Pressemitteilungen*

**Gut besuchte Veranstaltung mit SPD-Verkehrsexpertin** (24.4.2008)

[http://juratovic.de/presse\\_det/257](http://juratovic.de/presse_det/257)

**Jugendgemeinderätin Larissa Holaschke zu Girls' Day in Berlin** (21.4.2008)

[http://juratovic.de/presse\\_det/256](http://juratovic.de/presse_det/256)

**100 Eltern beim Initiativkreis „Hauptschülern eine Chance geben“**(17.4.2008)

[http://juratovic.de/presse\\_det/255](http://juratovic.de/presse_det/255)

**Weg frei für Containerterminal**  
(16.4.2008)

[http://juratovic.de/presse\\_det/254](http://juratovic.de/presse_det/254)

*Meine Termine im Wahlkreis*

**60 Jahre VdK Gundelsheim**

25.04.2008, 18 Uhr, Deutschmeisterhalle

**Festveranstaltung 50 Jahre Städtepartnerschaft Neckarsulm-Carmaux**

26.04.2008, 19.30 Uhr, Ballei

**Maifeier des SPD-OV Neckargartach**

30.04.2008, 20 Uhr, Neckargartach

**Mai-Demo der DGB-Region HN-Franken**

01.05.2008, 10 Uhr, Beginn: Busbahnhof

**Mai-Feier des SPD-OV Wüstenrot**

01.05.2008, 14 Uhr, Wellingtonienplatz

*Josip Juratovic MdB*

**Abgeordnetenbüro**

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel. 030-227-70107

[josip.juratovic@bundestag.de](mailto:josip.juratovic@bundestag.de)

**Bürgerbüro**

Untere Neckarstr. 50

74072 Heilbronn

Tel. 07131-783616

[josip.juratovic@wk.bundestag.de](mailto:josip.juratovic@wk.bundestag.de)

**Im Internet:**

[www.juratovic.de](http://www.juratovic.de)

Die Geschichte der Europäischen Union ist eine Geschichte der kontinuierlichen Entwicklung. Die Vielzahl der momentan geltenden Verträge und der institutionelle Aufbau der EU zeugen davon, dass die EU keine auf dem Reißbrett entworfene Organisation ist. Vielmehr ist die EU seit ihrem Bestehen immer wieder verändert worden, sei es in ihren Zuständigkeiten, ihrem institutionellen Aufbau oder ihrem Verhältnis zu den Mitgliedstaaten. Durch den Lissabonner Vertrag wird erstmals versucht, die Vielzahl an derzeit gültigen Verträgen, auf denen die EU aufbaut, in einen Vertrag einzubetten. Dadurch können wir eine größere rechtliche Klarheit erreichen und gleichzeitig politische Ziele festlegen.

Nötig ist der Vertrag von Lissabon auch, weil seit der letzten Anpassung der EU-Verträge in Nizza im Jahr 2001 zwölf Staaten der EU beigetreten sind. Die EU hat sich dadurch von 15 auf 27 Mitgliedsstaaten fast verdoppelt. Ein effektives und effizientes Handeln wurde der EU dadurch erschwert. Es ist leicht verständlich, dass 15 Staaten Entscheidungen einfacher treffen konnten als heute 27 Staaten. Besonders weil die EU vor allem aufgrund des Beitritts der zehn ost- und mitteleuropäischen Staaten heute heterogener ist als noch vor vier Jahren.

### **Europäische Sozialpolitik**

Die Geschichte der EU ist gleichzeitig eine Geschichte der wirtschaftlichen Integration. Ich habe mich zwei Jahre lang im Bundestagsausschuss für die Angelegenheiten der EU und jetzt im Ausschuss für Arbeit und Soziales dafür eingesetzt, dass wir auf der Grundlage der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und des europäischen Binnenmarktes eine europäische Sozialpolitik aufbauen. Viele Kritiker des Vertrages behaupten, mit dem Vertrag werde eine neoliberale Wirtschaftsform festgeschrieben, die jegliche soziale Ausgestaltung der EU verhindere. Jedoch hat das Prinzip des unverfälschten Wettbewerbes, das hier kritisiert wird, in den derzeit gültigen Verträgen einen weitaus höheren Stand als im neuen Vertrag: Derzeit ist der unverfälschte Wettbewerb ein Ziel der Union, im Vertrag von Lissabon wird er dagegen nur noch als Instrument der EU benannt, das den Zielen der Vollbeschäftigung, des sozialen Fortschritts und der Preisstabilität dienen soll. Der Vertrag von Lissabon benennt damit die sozialen Ziele der EU, an denen sich die künftige Wirtschafts- und Sozialpolitik messen lassen muss. Ich hoffe, dass dadurch der Weg für eine sozial gerechte Politik geebnet ist. Die Verbindung von Sozial- und Wirtschaftspolitik wurde damit erstmals in der bisher auf wirtschaftliche Integration ausgerichteten EU durchgesetzt.



### Europäische Friedenspolitik

Ein weiterer Kritikpunkt vieler ist die vermeintlich zunehmende Militarisierung der EU. In der Tat beschäftigt sich der Lissabonner Vertrag ausführlich mit der Zukunft der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU. Auch hier sehe ich jedoch eine sinnvolle Fortentwicklung und kann die Bedenken, die EU würde in Zukunft weltweite Kampfeinsätze führen, nicht nachvollziehen. Die Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik bleibt weiterhin als zwischen Regierungen stattfindende Zusammenarbeit (intergouvernemental) organisiert. Das heißt, dass die einzelnen Regierungen weiterhin über die Außenpolitik verhandeln und die Entscheidungskompetenzen nicht von der Ebene der Mitgliedstaaten auf die Ebene der EU verlagert werden. Die Mitgliedstaaten verpflichten sich jedoch dazu, ihre nationalen Politiken zu koordinieren. Das bedeutet also nicht, dass die Rolle des Deutschen Bundestages, insbesondere wenn es um Auslandseinsätze der Bundeswehr geht, angetastet wird. Weder die EU noch die Regierungschefs können einen Militäreinsatz beschließen – dies bleibt wie bisher in der Hand der Mitgliedstaaten. Zudem wurden die Petersberg-Aufgaben, in denen die Ziele der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik und der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik festgelegt sind, erweitert. Waren bisher humanitäre Aufgaben und Rettungseinsätze, friedenserhaltende Aufgaben sowie Kampfeinsätze bei der Krisenbewältigung einschließlich friedensschaffender Maßnahmen diese Aufgaben, so zählen jetzt hierzu auch gemeinsame Abrüstungsmaßnahmen, die militärische Beratung und Unterstützung von Drittstaaten sowie Maßnahmen der Konfliktverhütung und Konfliktnachsorge. Dies verdeutlicht, dass die EU auch weiterhin alles darauf setzen wird, Konflikte aktiv und mit nicht-militärischen Mitteln vorzubeugen. Das oberste Ziel ist es also, die Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten in außenpolitischen Fragen zu verbessern.

Aus diesen Gründen habe ich für die Ratifizierung des EU-Vertrages gestimmt. Dennoch bin ich davon überzeugt, dass auch dieser Vertrag nicht für die Ewigkeit konstruiert ist. Die EU wird sich auch in Zukunft stetig weiterentwickeln und dafür auch neue Verträge benötigen. Ich werde auch weiterhin für eine starke europäische Sozial- und Friedenspolitik eintreten.

Mit freundlichen Grüßen,